

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 23 (1982)  
**Heft:** 20

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Mitte Juli wurden Batowrin und Sergej Rosenoer wegen «Rowdytum» und «Unterstützung anti-sowjetischer Propaganda» verhaftet. Die restlichen Komiteemitglieder wurden aus Moskau verbannt oder unter Polizeiaufsicht gestellt. Damit sollte jeder Kontakt zu den skandinavischen «Frauen für den Frieden» unterbunden werden, die auf ihrem «Friedensmarsch» am 21. Juli – von Leningrad und Kalinin kommend – in Moskau eintrafen.

Mit den skandinavischen Frauen hatten die sowjetischen Behörden wohl zum ersten Mal einer ausländischen Gruppe die Erlaubnis zu einer solchen Demonstration gegeben; sicherlich in der Absicht, Zweifel am sowjetischen Friedenswillen zu zerstreuen. Die Behandlung dieser Gruppe war jedoch ebenfalls eher geeignet, diese Zweifel zu verstärken. Zuvor war genau festgelegt worden, was auf den Plakaten der Skandinavier stehen durfte und was nicht. Bei den vorbereiteten Versammlungen in mehreren Städten wurden sie mit einem sorgfältig ausgewählten Publikum konfrontiert. Während der gesamten Strecke wurden sie von Angehörigen des KGB überwacht. Schon kurz nach der Ankunft in der Sowjetunion mischten sich sowjetische Demonstranten mit anti-amerikanischen Transparenten unter die Skandinavier. Die sowjetischen Medien – sofern sie überhaupt Notiz von dem «Friedensmarsch» nahmen – zensierten bzw. entstellten die Ansprachen ihrer Gäste derart, dass der Eindruck entstand, nur der Westen werde zur Abrüstung aufgefordert. So erging es auch der Schwedin Inger Holmlund bei ihrer Rede in Leningrad. Wo sie von «amerikanischer Politik» sprach, übersetzte die Dolmetscherin «amerikanische aggressive imperialistische Politik». Darauf angesprochen, entschuldigte sie sich mit der Bemerkung, in sowjetischen Augen sei die amerikanische Politik immer aggressiv und imperialistisch...

Am 5. August 1982 wurden westliche Korrespondenten von der sowjetischen Polizei daran gehin-

dert, an einer Pressekonferenz der unabhängigen Friedensgruppe teilzunehmen.

Am 9. August 1982 wurde Sergej Batowrin – einer Meldung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Frankfurt, zufolge – schliesslich in eine Moskauer psychiatrische Anstalt eingeliefert. Seiner Frau wurde am 15. August ohne Begründung der Besuch bei ihrem Mann verwehrt. Trotzdem konnte sie in Erfahrung bringen, dass Batowrin mit einer Überdosis Neuroleptika behandelt worden war, was bei ihm zu einem Kreislaufkollaps führte. Weiterhin erfuhr sie, dass ihr Mann mit Elektroschocks behandelt worden war und dadurch zeitweise sein Bewusstsein verlor.

Eine Deklaration der sowjetischen Friedensbe-

wegung zur Abrüstung wurde nach Angaben der IGFM bisher von 170 sowjetischen Bürgern unterzeichnet. Bereits 10 Unterzeichner wurden inzwischen festgenommen, darunter Oleg Radsinskij (Philologiestudent, 23 Jahre), Jelena Wakartschuk (30) und Valerij Godjak (42).

Ebenfalls Anfang August wurde ein junger Ostberliner, der das Emblem «Schwerter zu Pflugscharen» getragen hatte, zu einer Ordnungsstrafe von 150 Mark verurteilt. In der entsprechenden Verfügung heisst es, er habe «durch das Tragen einer symbolhaften Darstellung mit pazifistischer Aufschrift in der Öffentlichkeit das Schutzbedürfnis der Bevölkerung der DDR grob missachtet und somit das sozialistische Zusammenleben gestört».

## In Kürze

### Aus der UdSSR

Auch in der Sowjetunion kommt es zu Häftlingsrevolten. Die dortige Presse nimmt sie natürlich nicht zur Kenntnis, aber auf Umwegen gelangen Meldungen darüber zuweilen in den Westen. Von Beispielen der letzten Jahre berichtet Cronid Lubarsky (siehe S. 2) in seinem Nachrichtenbulletin aus der UdSSR («Westi is SSSR», München, Nr. 16/1982).

Bei einem Aufruhr im Gefängnis von Solikamsk (am Kama-Fluss, im Gebiet Perm) wurden im Sommer 1980 fünf Aufseher getötet.

Ende 1980 sollen in einem Straflager der weissrussischen Stadt Mogiljow schwere Unruhen ausgebrochen sein. Dabei kamen sechs Wachsoldaten und ein Funktionär des Sicherheitsdienstes ums Leben; auf der andern Seite wurden mehrere Dutzend Häftlinge getötet oder verwundet.

Später stellte man vier der Gefangenen vor Gericht und verurteilte zwei von ihnen zum Tode.

Panzertruppen mussten im Sommer letzten Jahres in Litauen eingesetzt werden, um einen Häftlingsaufstand niederzuschlagen. Er fand am 9. Juli 1981 im Straflager von Pravenischkis bei Kaunas statt, nachdem die Wächter eine Gruppe von Gefangenen verprügelt hatten. Die ersten Meldungen, die im Samisdat über das Ereignis zirkulierten, sind später präzisiert worden. Es gab 15 Tote und rund 50 Verletzte, alle auf seiten der Gefangenen. Inzwischen hat man einen Grossteil der Insassen in verschiedene Lager der RSFSR (Russische Föderation) überführt und dafür das Lager von Pravenischkis mit Häftlingen aus andern Teilen der Sowjetunion aufgefüllt.



Angaben über Rationierungsregelungen in verschiedenen Gegenden der Sowjetunion (siehe ZB, Nr. 18/1982) und sonstige Auskünfte über den «Lebensmittelsektor» enthält das im Samisdat erscheinende «Informationsbulletin» der Untergrundgewerkschaft SMOT. Die Zeitschrift «Possev» (Frankfurt) hat in ihrer Septemberrnummer einige SMOT-Meldungen veröffentlicht.

- In mindestens einigen Bezirken von Karelien hat man letztes Jahr sogar Kartoffeln auf die Rationierungsliste gesetzt.
- In Jakutien berechneten die Rationierungskarten pro Person und Monat zum Kauf von 1 kg Fleisch und 300 g Butter.
- In Moskau selbst gab es vor einem Jahr gegen Ende November in den meisten Geschäften eine Woche lang überhaupt keine Butter (und Margarine) mehr zu kaufen. Einige Verkäufer gaben als «Begründung» an, man habe halt den Butterverkaufsplan für den laufenden Monat schon erfüllt.
- In Leningrad ist es zu verschiedenen Affären mit verdorbenen Lebensmitteln gekommen. Am 7. November 1981 erhielten einige Kindergärten eine Lieferung von Käse, der dann bei etwa 400 Kindern Vergiftungserscheinungen bewirkte. Ferner hat das Amt für Seuchenbekämpfung wiederholt festgestellt, dass man beim Eierverkauf schlechte Exemplare unter die guten mischt. Und schliesslich wird die Gewohnheit gerügt, gute Milch mit verdorbener Milch zu «strecken».

# Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.— (Ausland sFr. 42.—/DM 48.—).  
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift

# Iran-Irak und das gemeinsame Kriegsprotectorat

**Während alle Welt auf Beirut blickt, ist der Krieg zwischen Iran und Irak in sein drittes Jahr getreten. Die Sowjetunion unterstützt jetzt beide Seiten, nachdem sie bis zu diesem Sommer eindeutig Partei für Iran ergriffen hatte. Ihre dann erfolgte überraschende Rüstungshilfe an Irak (siehe ZB, Nr. 17/1982) wird neuerdings durch die Lieferung von noch modernerem Kriegsmaterial bestätigt.**

Am 22. September dieses Jahres wurde der Krieg zwei Jahre alt. Zu diesem Anlass verkündete man in Teheran feierlich eine «Woche des Krieges». Den Auftakt bildete eine grosse Militärparade vor der gesamten Prominenz. Mit Ausnahme freilich von Ayatollah Khomeiny selbst. Die Feierlichkeiten fanden «auf Anweisung des Imam» statt, aber in seiner Abwesenheit.

Dafür war sein Sohn Sayed Achmed Khomeiny da und hielt eine wichtige Rede, eine eigentliche Brandrede. Gerichtet gegen die «Provokateure, die uns den Frieden aufzuzwingen versuchen».

Tatsächlich hat mindestens das offizielle Iran nicht im Sinn, auf die Bemühungen von Drittstaaten einzugehen, die einen Frieden vermitteln wollen. Die Machthaber machen der Bevölkerung auf jede erdenkliche Weise klar, dass es für niemanden ratsam wäre, Symptome von Kriegsmüdigkeit zu bekunden.

Der Aufmarsch der Armee und der Pazdaran (Revolutionswächter) in Teheran und andern Städten gehört unter anderem zur psychologischen Kriegsführung im eigenen Land. Man braucht die richtige Stimmung zur Vorbereitung einer neuen Offensive gegen Irak, der «Endoffensive», wie man siegessicher sagt. «Erst Basra, dann Bagdad», lautet eine Parole, «die Republik der islamischen Revolution für ganz Irak» eine andere. In Hinsicht auf den Sieg der «islamischen Revolution» sind die Ambitionen Teherans allerdings

nicht auf Irak beschränkt. Sie gelten vielmehr durchaus der ganzen arabischen Welt, auch wenn sie anderswo nicht kriegsmässig zum Ausdruck kommen, sondern «nur» agitatorisch und provokatorisch. Ein Beispiel dafür war am 24. September die Schlägerei in der Moschee Charam el Scharif von Mekka, veranstaltet von iranischen Agenten.

Das hat mit Einstehen für den Islam nichts zu tun, und das Regime von Teheran verhält sich seinem angeblichen Glaubensbekenntnis gegenüber auch sonst sehr zynisch. So hat es den Heiligen Krieg (Dschihad) gegen Irak erklärt, also gegen ein anderes islamisches Land, was einen flagranten Bruch mit dem Koran bedeutet. Und dann akzeptiert die angeblich Islamische Republik die Unterstützung der Sowjetunion, die nicht nur erklärterweise atheistisch («ungläubig» nach islamischer Definition) ist, sondern auch auf ihre Territorien Moscheen zu Schweineställen umfunktioniert hat und in Afghanistan laufend Massaker unter der Moslembevölkerung verübt. Darüber schweigt man im Iran. (Man hat freilich auch anderswo ein selektives Augenmerk für Massaker.)

Khomeiny und sein Regime haben bloss die «Entschuldigung», dass das Land wirklich auf die sowjetische Hilfe angewiesen ist; sonst könnte es nicht Krieg führen. Zur Frühlingsoffensive hatte

es ihrer bedurft, und zur kommenden Offensive wird es ihrer wieder bedürfen.

Sowjetische Waffenexperten rüsten zurzeit grössere iranische Verbände auf. Man will den neuen Angriff nach dem Vorbild der Ramadan-Offensive von diesem Frühling durchführen, die soweit ja erfolgreich verlaufen war.

Aber hier stellt sich wiederum die Frage nach dem sowjetischen Gesamtverhalten; denn Moskau hält gerne mehrere Eisen im Feuer. Dass Iran zu seiner Kriegsführung auf die Sowjets angewiesen ist, heisst noch nicht, dass es sich auf sie verlassen kann.

Moskau hatte mit seiner Waffen- und Expertenhilfe den iranischen Vorstoss über die Grenze hinaus nach Irak ermöglicht. Als er aber allzu gründlich zu gelingen drohte, wollten die sowjetischen Machthaber ihrem einstweiligen Schützling doch nicht zum totalen Triumph verhelfen; da hätte er sie am Ende nicht mehr gebraucht. So lieferten sie im kritischen Moment ihre Waffen auch nach Irak, und tatsächlich kam es dann zum militärischen Patt.

Und offenbar ist die Sowjetunion auch jetzt wieder um Ausgleich besorgt. Sie belieferte den Irak jetzt sogar mit modernstem Kriegsgerät: Mig-25, Panzer T-72 und Raketen Sam-8. Der irakische Präsident und Diktator Saddam Hussein hat das triumphierend am Radio bekanntgegeben.



Für die Sowjetunion ist der Golfkrieg eine von mehreren Chancen, den Destabilisierungsprozess in den Golfstaaten zulasten des Westens voranzutreiben. Nach den Luftangriffen der Iraker gegen die Kharg-Inseln hat Iran mit Gegenmassnahmen gedroht, nämlich mit der Blockade der Hormus-Strasse (Meerenge). Damit wären die wichtigsten Nachschubwege des Erdöls für die westlichen Industriestaaten gesperrt, eine Änderung der wirtschaftspolitischen Weltszene und eine Garantie für die politische Erpressbarkeit des Westens. Der Golfkrieg, den man hier so häufig als Befremdlichkeit ansieht, der uns «im Grunde genommen nichts angeht», gefährdet unsere eigene Existenz. gh

## Das Dokument

### Solidarität von Sowjetbürgern für Sowjetopfer

Der afghanischen Bevölkerung wird wenig internationale Solidarität zuteil. Um so bemerkenswerter ist ein Dokument, das aus der Sowjetunion kommt. Es stammt von der «Initiativgruppe zum Schutz der Rechte der Invaliden in der UdSSR», von einer jener Gruppierungen also, deren Gründung von der inzwischen aufgelösten

Moskauer Helsinki-Gruppe inspiriert war (siehe S. 2).

Drei Mitglieder der Gruppe (Jurij Kisseljow, Valerij Fefelow und Olga Saizewa) wenden sich an das Internationale Rote Kreuz, an Amnesty International und an die UNO-Kommission für Invaliden-Rehabilitation mit dem Aufruf, den afghanischen Kriegsinvaliden im Land Hilfe zu erweisen:

«Wir reden jetzt von den Afghanen, denn die Invaliden der sowjetischen Seite erhalten einen Status zuerkannt, der dem Status der Invaliden vom Grossen Vaterländischen Krieg analog ist, so dass sie wenigstens in einem gewissen Ausmass medizinische und staatliche Hilfe empfangen. Was die Afghanen anbelangt, gibt es dort nebst den Invaliden, die im Verlauf direkter

Kriegshandlungen verletzt wurden, d. h. invaliden Soldaten oder Partisanen, noch eine grosse Zahl von weiteren Opfern aus der friedlichen Bevölkerung, die unter Bombardierungen, Blockaden usw. zu leiden hatte. Wir sind der Ansicht, dass es nicht weniger wichtig und gerecht wäre, bei der Regierung der UdSSR über ein internationales Schiedsgericht eine Klage auf Wiedergutmachung für die Opfer einzureichen. Die Sowjetunion muss die materielle und moralische Verantwortung für diese Opfer tragen, unabhängig davon, wie edel oder unedel ihre (der UdSSR) Absichten waren, genau so, wie in jedem Land eine Person, die einer anderen eine Verletzung zugefügt hat, unabhängig von ihren Absichten als schuldig gilt und Schadenersatz für das Opfer zu leisten hat...» ■

## Aus dem SOI

### Zur Frage der internierten Sowjetsoldaten in der Schweiz

Zu hängigen Fragen über die in der Schweiz internierten Sowjetsoldaten (in Afghanistan von den Partisanen gefangenengenommen) erwarten wir im SOI behördliche Auskünfte und werden dann auf das Thema zurückkommen.

In Nr. 17/1982 hatten wir kurz den Inhalt eines «Possev»-Berichtes wiedergegeben, wonach die Internierten auf sowjetischen Wunsch hin isoliert gehalten würden. In der nachfolgenden Nummer haben wir den Brief eines Einsenders veröffentlicht, der entsprechende Fragen stellte. Ob es stimme, dass sich unsere Behörden einem sowjetischen Diktat fügten und sich die schweizerischen Internierungsbedingungen von Moskau vorschreiben liessen? Und ob es ferner stimme, dass nach zwei Jahren eine Zwangsrepatriierung der Internierten in die UdSSR vorgesehen sei? Diese Eventualität wäre tragisch, weil den Sowjetsoldaten in der UdSSR je nachdem eine

kriegsgerichtliche Verhandlung wegen Desertion droht.

Da auch wir der Meinung sind, dass die Öffentlichkeit ein Anrecht auf Beantwortung dieser Fragen hat, haben wir sie an das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA, Aussenministerium) weitergeleitet, das zum Zeitpunkt allfälliger Absprachen mit den Sowjetbehörden für diese Angelegenheit zuständig war. Die EDA-Informationsabteilung hat uns eine Beantwortung dieser Fragen in Aussicht gestellt.



Das Problem stellt sich um so mehr, als man im Bundeshaus anscheinend vorsieht, weitere von afghanischen Partisanen gefangene Sowjetsoldaten in die Schweiz einreisen zu lassen. Diese sind übrigens nach sowjetischer Auffassung selbst *nicht* als Kriegsgefangene zu betrachten, weil die UdSSR angibt, in Afghanistan keinen Krieg zu führen. Welchen Status haben diese Leute nach schweizerischer Auffassung?

Zurzeit befinden sich die fünf Sowjetsoldaten unter Obhut des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD) in der offenen Militärstrafanstalt auf dem Zugerberg, respektive zwei von ihnen nach einem erneuten Fluchtversuch provisorisch in der Strafanstalt von Zug. Sa

Aber nicht nur vom praktischen Standpunkt aus ist diese Subvention fragwürdig; es ist auch zweifelhaft, ob sie neue theoretische Erkenntnisse bringen kann. Im Umfeld der OS 3 sind nämlich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Publikationen über Jute und Importförderung erschienen, wie folgende – möglicherweise unvollständige – Übersicht zeigt:

- 1976 Informationsstelle 3. Welt (i3w): «Jute statt Plastic-Bangladesh», 32 S.  
(i3w wird von den gleichen, vom Bund mitfinanzierten Hilfswerken getragen, die auch bei OS 3 engagiert sind.)
- 1976 Erklärung von Bern: «Jute statt Plastic. Dossier zur Verkäuferschulung», 56 S.
- 1979 OS 3: «Frauen in Bangladesh», 20 S.
- 1979 OS 3: «Jute», 67 S.
- 1980 OS 3: «Jute», 30 S.
- 1981 Stetter/Vatter: «Importförderungsstudie», 111 S., von OS 3 mit Fr. 30000.— finanziert.
- 1982 Erklärung von Bern: «Bilanz einer Reise nach Bangladesh», 6 S.

Diese Bilanz stammt von Françoise de Morsier, einer Angestellten des Bawi, die von diesem für ein Jahr beurlaubt worden ist, um für die OS 3 die selektive Promotion von Jute-Artikeln zu studieren.

Aus ihrem Bericht sei ein Satz zitiert, der deutlich zeigt, wie berechtigt die bisher dem ganzen Projekt entgegengebrachten Zweifel sind. Er lautet: «Gegenwärtig erlaubt das Nachfrageniveau in Europa nicht, mehr als 200 Frauen auf einmal einzustellen», nämlich im Produktionszentrum für Jutesäcke des Mennonite Central Committee in Saidpur. (Die Schweiz ist ein Fünffzigstel von Europa, Bangladesh hat 90 Millionen Einwohner.) MK

## CH-Rubrik

### Jute

Im ZeitBild vom 21. Oktober letzten Jahres (Nr. 21/1981) haben wir berichtet, dass das Bundesamt für Aussenwirtschaft (Bawi) der kaum bekannten Organisation Schweiz-3. Welt (OS 3) eine Bundessubvention von Fr. 100 000.— gewährt hat «für die selektive Promotion von Jute-Artikeln». Wir haben damals, als im Bundesbudget ein Fehlbetrag von über einer Milliarde Franken ausgewiesen war, gefragt, ob in der Verwaltung wirklich alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft werden, wenn einer Randgruppe für ein Randproblem eine solche Subvention ausbezahlt wird. Im Anschluss an diesen Bericht hat unser Mitarbeiter Max Keller als Bürger und Steuerzahler diese Frage dem Vorsteher des Eidg. Finanz- und Zolldepartementes unterbreitet, der sie zur Beantwortung dem Bawi übergeben hat. Bis heute hat der Fragesteller keine befriedigende Antwort erhalten. Er ist aber bei seinen Recherchen auf andere erwähnenswerte Tatsachen gestossen, welche die Subvention auch von andern Gesichtspunkten aus als fragwürdig erscheinen lassen.

Die Anfragen beim Bundesamt für Aussenwirtschaft (Bawi), ob die von ihm der Organisation Schweiz-3. Welt (OS 3) bezahlte Subvention von Fr. 100 000.— begründet und damit verantwort-

bar war, haben bisher nichts ergeben. Es liegt auch noch kein Ergebnis der Arbeiten für die selektive Förderung von Jute-Artikeln vor, was die bisher gehegten Zweifel bestärkt. Andererseits ist folgendes bekannt geworden:

Jute und Juteerzeugnisse sind unbestreitbar wichtige Ausfuhrartikel für einige Entwicklungsländer, insbesondere für Bangladesh, «das Armenhaus der Welt». Aus diesem Grunde hat die UNO-Kommission für Handel und Entwicklung (Unctad) die Summe von 1½ Millionen Dollar bereitgestellt für ein Jute Promotion Program (JPP). Damit sollte weltweit der Jute-Absatz gefördert und auf diese Weise die Wirtschaft und Entwicklung der Produzentenländer gefördert werden. Die Schweiz, die weniger als ein Prozent des Welt-Jute-Exports aufnimmt, hat etwa zehn Prozent der JPP-Kosten übernommen und damit eine sinnvolle Entwicklungshilfe geleistet.

Die OS 3 partizipiert mit etwa einem Tausendstel am schweizerischen Import aus Entwicklungsländern. Ihre «alternativen» Einfuhr- und Verkaufsmethoden sind praktisch ohne Einfluss auf den kommerziellen Handel, der die andern 999 Tausendstel abwickelt. Es ist schwer vorstellbar, dass bei dieser Sachlage eine OS-3-Studie für die selektive Promotion von Jute-Artikeln irgendeine spürbare Auswirkung auf den schweizerischen Import haben könnte. Wenn zudem bedacht wird, dass dieser schweizerische Import für die Jute-Produzenten kaum ins Gewicht fällt, erscheint eine solche Studie als sinn- und zwecklos. Neben dem UNO-JPP sinkt sie zu völliger Bedeutungslosigkeit herab. Um so unverständlicher ist es, dass das Bawi – dem das alles bekannt sein musste – dafür Fr. 100 000.— ausgeworfen hat.

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise (Inland)**

Fr. 39.— jährlich  
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—  
Einzelnummer Fr. 2.—

**ZB-Auslandpreise**

Fr. 42.—/DM 48.—  
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—  
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80